

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Literaturverzeichnis	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Teil 1: Betreuungsrecht	1
A. Einführung in das Betreuungsrecht	2
I. Entstehungsgeschichte und wichtige Reformen	2
1. Betreuungsgesetz und Erstes Betreuungsrechtsänderungsgesetz	2
2. Zweites Betreuungsrechtsänderungsgesetz (und weitere Gesetzesänderungen im Betreuungsrecht)	3
a) Vergütung der Berufsvormünder und Berufsbetreuer	3
b) Stärkung der Vorsorgevollmacht	6
c) Auswahl und Bestellung des Betreuers	8
d) Nicht übernommene Vorschläge	8
e) Vorsorgeregister	8
f) Evaluation der Auswirkungen des Zweiten Betreuungsrechtsänderungsgesetzes	9
3. Gesetzliche Normierung der Patientenverfügung	10
4. Einwilligung in ärztliche Zwangsmaßnahmen	12
II. Grundprinzipien des Betreuungsrechts	12
1. Einstufigkeit	12
2. Stärkung des Selbstbestimmungsrechts	12
3. Erforderlichkeitsprinzip	13
4. Einheitsentscheidung	13
III. Voraussetzungen für die Bestellung eines Betreuers	13
1. Betreuungsbedürftigkeit	13
2. Erforderlichkeit der Betreuung (insb. Subsidiarität gegenüber der Vorsorgevollmacht)	14
B. Der Betreute im Rechtsverkehr	19
I. Abschluss von Rechtsgeschäften durch den Betreuten selbst	19
1. Lebzeitige Rechtsgeschäfte	19
a) Geschäftsfähigkeit/Geschäftsunfähigkeit	19
aa) Betreuung für lediglich körperlich Behinderte	19
bb) Betreuung für psychisch Kranke bzw. geistig oder seelisch Behinderte	20
b) Einwilligungsvorbehalt und Betreuung	24
aa) Zustimmungspflicht und Ausnahmen	24
bb) Einwilligungsvorbehalt und Geschäftsunfähigkeit	25
cc) Sonderfälle	26
2. Verfügungen von Todes wegen	26
a) Testierunfähigkeit	27

b) Testierunfähigkeit bei Betreuten	29
3. Sonderproblem: Lebzeitige und letztwillige Zuwendungen des Betreuten an seinen Betreuer	34
a) Kein ausdrückliches gesetzliches Verbot	35
b) Keine analoge Anwendung des § 14 Abs. 5 HeimG	35
c) Sittenwidrigkeit	36
d) Strafbarkeit	37
II. Abschluss von Rechtsgeschäften durch den Betreuer	37
1. Vertretungsmacht	37
a) Gesetzliche Vertretung	37
b) Aufgabenkreis	38
c) Innen- und Außenverhältnis	40
2. Beschränkungen der gesetzlichen Vertretungsmacht	40
a) Grenzen der gesetzlichen Vertretung	40
aa) Streng höchstpersönliche Rechtsgeschäfte	40
bb) Eingeschränkt höchstpersönliche Rechtsgeschäfte	41
b) Vertretungsverbote	42
aa) Insihgeschäft	43
bb) Rechtsgeschäft mit Ehegatten oder Verwandten des Betreuers	44
cc) Ausnahmen	44
c) Gerichtliche Genehmigungserfordernisse	45
aa) Genehmigungspflicht	45
bb) Erteilung der Genehmigung	46
cc) Genehmigungsverfahren nach altem und neuem Recht	48
III. Sonderprobleme des Vertretungsrechts	53
1. Schenkungsverbot, §§ 1908i Abs. 2, 1804 BGB	53
a) Pflichtschenkung	54
b) Ausstattung	55
2. Widerruf wechselbezüglicher oder vertragsmäßiger Verfügungen gegenüber dem Betreuer im Fall der Geschäftsunfähigkeit des Betreuten	57
a) Gemeinschaftliches Testament	57
aa) Gemeinsamer Widerruf	57
bb) Einseitiger Widerruf	57
b) Rechtslage beim Erbvertrag	61
3. Annahme und Ausschlagung einer Erbschaft des Betreuten	62
a) Annahme der Erbschaft und Erbscheinsantrag	62
b) Erbschaftsausschlagung und betreuungsgerichtliche Geneh- migung	63
4. Tod des Betreuten im laufenden Genehmigungsverfahren	65
5. Ausfertigungen/beglaubigte Abschriften für den Betreuer	66

Teil 2: Vorsorgeverfügungen	69
A. Allgemeines und Vorfragen	76
I. Vielzahl von Veröffentlichungen	76
II. Gründe für das öffentliche Interesse	76
1. Der »demographische Faktor«	76
2. Die »Privatisierung der Altersvorsorge«	77
3. Die Angst vor der Apparatedizin	78
4. Die nachlassende Bedeutung von Ehe und Familie i. e. S.	78
III. Die Vorteile von Vorsorgevollmachten	78
IV. Aufgabenstellung für den Berater	79
1. Ausgangspunkt: Typische Beratungssituationen	79
2. Checklisten und Muster	79
3. Kunst der situationsbezogenen Anpassung	80
4. Formulierungsgrundsätze	80
V. Geschäftsfähigkeit oder Einwilligungsfähigkeit?	80
VI. Zweifel an der Geschäftsfähigkeit	82
1. Vermutung für Geschäftsfähigkeit	82
2. Vorgehen bei Anhaltspunkten für fehlende Geschäftsfähigkeit	83
3. Eigene Entscheidung des Notars	85
4. Vermerkpflcht	85
a) Allgemeines	85
b) Vermerkinhalt	86
c) Voraussetzungen eines Vermerks	86
d) Formulierungsgrundsätze	86
e) Tatsachenbescheinigung außerhalb der Urkunde	87
VII. Als Bevollmächtigte ausgeschlossene Personen	87
VIII. Der »anwaltsliche Vorsorgebevollmächtigte«	89
IX. Vollmachten zugunsten von juristischen Personen	89
X. Verstoß gegen das Rechtsdienstleistungsgesetz	90
B. Vermögensrechtliche Angelegenheiten in Vorsorgevollmachten	91
I. In der Praxis meist untaugliche Ausgestaltungsformen	92
1. Bedingte Vollmachten	92
2. Vollmachten mit Aushändigungsbeschränkungen	95
3. Spezialvollmachten	97
II. Regelfall: Generalvollmachten mit Verwendungsbeschränkungen lediglich im Innenverhältnis	98
1. Die grundsätzliche Lösung	98
2. Praktische Einschränkung: Verbindung des Wirksamwerdens der Vollmacht mit Besitzerlangung von Urschrift oder Ausfertigung	99
3. Das Erteilen weiterer Ausfertigungen	101
III. Einzelfragen	102
1. Befreiung von § 181 BGB?	102
2. Untervollmachten	103
a) Dogmatische Aspekte der Ausübung von Untervollmachten	103
b) Recht zur Erteilung von Untervollmachten	104

c) Umfang und Reichweite der Untervollmacht	104
d) Erlöschen der Untervollmacht bei Wegfall der Hauptvollmacht?	105
e) Nachweisfragen	106
f) Checkliste für die Urkundsgestaltung	107
3. Vollmacht über den Tod des Vollmachtgebers hinaus?	107
a) Die gesetzliche Auslegungsregel	107
b) Empfehlungen für die Kautelarpraxis	108
c) Weitere Gestaltungsfragen	109
d) Probleme bei der Anwendung transmortaler Vollmachten	110
e) Sonderproblem: Der Bevollmächtigte ist (möglicher) Alleinerbe	111
f) Abgrenzung: Vollmacht über den Tod des Bevollmächtigten hinaus	111
4. Aufzählung der Handlungsbereiche?	111
a) Vorteile von Aufzählungen	112
b) Nachteile von Aufzählungen	112
c) Empfehlungen für die Urkundsgestaltung	113
5. Vorsorgevollmacht und Bankgeschäfte	114
a) Das deutsche Recht lässt das Handeln durch einen Vertreter zu	115
b) Durch AGB kann das Handeln eines Vertreters nicht ausgeschlossen werden	115
c) Welche Vollmachten muss die Bank anerkennen?	115
d) Vorlage von Urschrift oder Ausfertigung	116
e) Schadensersatzpflicht der Bank	117
f) Vorsorgevollmacht und zusätzliche Bankvollmacht	117
g) Die »bankenfreundliche« Vollmacht	118
6. »Immanente« Schranken von Generalvollmachten?	119
a) Kollusion	120
b) Offensichtlicher Missbrauch/Evidenzfälle	120
7. Schenkungen aufgrund von Vorsorgevollmachten?	121
8. Fälle, in denen trotz Generalvollmacht keine Vertretung möglich ist	122
C. Nichtvermögensrechtliche Angelegenheiten in Vorsorgevollmachten	126
I. Zulässigkeit der Vollmachtserteilung	126
II. Inhaltliche Ausgestaltung	127
III. Seit 2013: Ärztliche Zwangsmaßnahmen	129
1. Vorgeschichte	129
2. Inhalt der gesetzlichen Neuregelung	129
3. Auswirkungen auf die Gestaltung von Vorsorgevollmachten	130
IV. Möglichkeit der Erteilung von Untervollmachten	130
1. Stellungnahmen in der Literatur	130
2. Eigene Meinung	131
a) Der Kontext der Ausführungen von Ute Walter	131

b)	Kein gesetzliches Verbot der Unterbevollmächtigung im personalen Bereich	131
c)	Ein Verbot der Unterbevollmächtigung hätte die Einschaltung des Staates zur Folge	132
3.	Folgerungen für die Praxis	132
V.	Ergänzende Hinweise	133
1.	Post- und Telekommunikation sowie elektronische Kommunika- tion	133
2.	Regelungen zur Bestattung	134
3.	Regelungen zur Organspende	134
4.	Personalausweis- und Passangelegenheiten	134
5.	Genehmigungspflicht und Betreuerbestellung	135
6.	Wirksamkeit von »Altvollmachten«	136
7.	Vertretungsfeindliche Geschäfte	136
D.	Betreuungsverfügung	137
I.	Allgemeines/Inhalt	137
II.	Bindungswirkung	139
1.	Vorschläge zur Betreuerperson	139
2.	Wünsche zur Durchführung der Betreuung	140
III.	Praktischer Anwendungsbereich von Betreuungsverfügungen	141
1.	Fallsituation 1:	141
2.	Fallsituation 2:	143
3.	Fallsituation 3:	143
4.	Fallsituation 4:	143
E.	Patientenverfügung	144
I.	Einleitung	144
II.	Geschichte der gesetzlichen Regelung zur Patientenverfügung	149
III.	Grundgedanken der gesetzlichen Regelung	150
1.	Überblick	150
2.	Grundverständnis	151
a)	Kein Verbot der Basisversorgung	151
b)	Zeitlicher Abstand; antizipierte Entscheidung	151
c)	Ärztliches Behandlungsangebot	152
d)	Keine Reichweitenbeschränkung	152
3.	Fallbeispiel	154
4.	Weitere wichtige Einzelaspekte der gesetzlichen Regelung	157
a)	»Gleichlauf« von Betreuer und Bevollmächtigtem	157
b)	Verfahren der Genehmigung des Betreuungsgerichts	157
c)	»Qualifizierte« und »einfache« Patientenverfügung	159
IV.	Kritische Überlegungen zur gesetzlichen Regelung	160
1.	Keine Klärung der Rechtsqualität einer Patientenverfügung	160
a)	Unmittelbar verbindliche Willenserklärung	161
b)	Umsetzungsbedürftige Richtungsentscheidung	161
c)	Vermittelnde Position	162

d) Keine klare Positionierung des BGH	163
e) Eigene Auffassung	163
2. Der »Geburtsfehler« des Gesetzes: Einordnung ins Betreuungsrecht	164
a) Starke Auffassung in der Literatur	164
b) Eigene Auffassung	165
3. Abgrenzung von »qualifizierter« und »einfacher« Patientenverfügung	167
a) Restriktive Definition der »qualifizierten« Patientenverfügung	168
b) Kritik an einer zu restriktiven Definition	169
c) Eigenes Ergebnis	169
d) Praktische Konsequenzen	170
4. Die Schriftlichkeit der »qualifizierten« Patientenverfügung	171
5. Volljährigkeit des Verfassers einer »qualifizierten« Patientenverfügung	171
6. Problematik der »Ausdrücklichkeit« bei Vollmachten	172
7. Einschaltung von nahen Angehörigen und sonstigen Vertrauenspersonen	173
8. »Der« behandelnde Arzt	173
9. Problem der jederzeitigen Widerruflichkeit	173
10. Beachtlichkeit von Patientenverfügungen bei neuen Behandlungsmethoden	175
V. Auswirkungen auf die Gestaltung von Patientenverfügungen	176
1. Ausdrückliche Benennung von § 1901a Abs. 1 BGB	176
2. Ärztliche Aufklärung – Einbeziehung in die textliche Gestaltung	176
3. Problem der Aktualisierung	179
4. Möglichst gegenständliche und konkrete Formulierungen	182
5. Aufnahme von Wertvorstellungen	186
6. Benennung eines Bevollmächtigten	187
7. Hinweise auf Genehmigungspflichten	189
VI. Sonderproblem: Organspende	189
1. Organspendebereitschaft und Dokumentation	189
2. Widersprüche zwischen Organspendebereitschaft und Inhalt der Patientenverfügung	190
3. Lösungsansatz zur Konfliktbewältigung	191
4. Das »Arbeitspapier« der Bundesärztekammer	191
a) Eine Patientenverfügung und eine Organspendeerklärung liegen vor	191
b) Nur eine Organspendeerklärung liegt vor	192
c) Nur eine Patientenverfügung liegt vor	192
d) Weder Patientenverfügung noch Organspendeerklärung liegen vor	192
5. Formulierungsmuster	192
VII. Ergänzende Hinweise	193
1. Unzulässige Inhalte von Patientenverfügungen	193

2. Möglichkeit einer vollständigen Entscheidungsdelegation auf den Bevollmächtigten	195
3. Patientenverfügungen und Palliativmedizin	196
4. Der Wunsch nach »Maximaltherapie«	197
5. Der Umgang mit »alten« Patientenverfügungen	198
F. Grundverhältnis	198
I. Allgemeines	198
II. Rechtsnatur des Grundverhältnisses	199
III. Bereiche des Grundverhältnisses	200
IV. Argumente für die Ausgestaltung des Grundverhältnisses	204
V. Argumente gegen die Notwendigkeit einer umfangreichen Ausgestaltung des Grundverhältnisses	205
1. Kritik an den Musterformulierungen für das Grundverhältnis	205
2. Verzicht auf rechtliche Ausgestaltung bedeutet nicht Rechtslosigkeit	206
3. Keine übertriebene Angst vor der Notarhaftung	206
4. Die Gefahr der Schwächung der Vollmacht im Außenverhältnis	207
5. Die Gefahr der »textlichen Zementierung«	207
6. Der Kostenaspekt	208
7. Fazit	208
VI. Eine oder mehrere Urkunden/Texte	208
1. Argumente für die Trennung	208
2. Argumente für die Verbindung in einer Urkunde	209
VII. Zusammenfassung	209
G. Mehrere Bevollmächtigte/Überwachungsbetreuer	210
I. Mehrere Bevollmächtigte	210
1. »Gleichrangige« Einzelbevollmächtigte	210
2. Bevollmächtigter und Ersatzbevollmächtigter	211
3. »Doppel«vollmacht	211
4. Mehrere Bevollmächtigte mit unterschiedlichen Aufgabebereichen	212
II. Überwachungsbevollmächtigter	212
III. Vollmachtüberwachungsbetreuer	213
1. Aufgabenbereich	213
2. Voraussetzungen für die Bestellung	214
a) Wirksame und nicht widerrufenen Vollmacht	214
b) Fehlende Überwachungsmöglichkeit	214
c) Konkreter Überwachungsbedarf	214
d) »Negative« Voraussetzung	216
3. Hinweise für die Urkundsgestaltung	216
a) Anregung zur Bestellung eines Vollmachtüberwachungsbetreuers	216
b) Belehrungspflichten des Notars	217
4. Rechtsschutzmöglichkeiten	217

H. Widerruf von Vorsorgevollmachten	218
I. Der Widerruf durch den Vollmachtgeber	218
1. Faktische Unwiderruflichkeit nach Verlust von Geschäfts- bzw. Einsichtsfähigkeit	218
2. Unwiderruflich erteilte Vorsorgevollmachten	219
3. Form und Inhalt einer Widerrufserklärung	220
II. Widerruf durch einen von mehreren Bevollmächtigten	221
1. Wann besteht die Widerrufsmöglichkeit? Die Fallsituationen:	221
a) »Gleichrangige« Einzelbevollmächtigte	221
b) Bevollmächtigter und »Ersatz«bevollmächtigter	222
c) Gemeinsame Vertretungsbefugnis	222
d) Mehrere Bevollmächtigte mit unterschiedlichen Aufgabebereichen	222
e) Zwischenergebnis	222
2. Wie hoch ist das Risiko eines missbräuchlichen Widerrufs?	223
a) Der »Wettlauf« beim Widerruf ist ein Scheinproblem	223
b) »Immanente« Schranken von Generalvollmachten	224
c) Die Möglichkeit der Bestellung eines Vollmachtsüberwachungsbetreuers	225
3. Folgerungen für die Beratung und die Vollmachtsgestaltung	226
a) Begrenzung der Zahl der Bevollmächtigten	226
b) Angst vor dem Widerruf durch einen von mehreren Bevollmächtigten – ein Indiz für fehlendes Vertrauen	227
III. Widerruf der Vollmacht durch einen Betreuer oder Vollmachtsüberwachungsbetreuer	228
1. Grundsätze	228
2. Rechtsschutzmöglichkeiten gegen den erklärten Widerruf	229
IV. Widerruf von Vollmachten, die über den Tod hinaus erteilt wurden	231
I. Form- und Gestaltungsfragen	233
I. Allgemeines/Beglaubigungsbefugnis der Betreuungsbehörde	233
1. Grundsätze	233
2. Umfang und Grenzen der Zuständigkeit der Betreuungsbehörde	234
a) Die zuständigen Personen	234
b) Die zulässigen Inhalte	234
c) Keine Beratung	235
3. Die »Rechtsqualität« der Beglaubigung durch die Betreuungsbehörden	236
II. Argumente für die Beurkundung von Vorsorgeverfügungen:	
Beurkundung »schlägt« Beglaubigung	237
1. Willensermittlung und zweifelsfreie Wiedergabe im Text	237
2. Keine Bedenken gegen die Verwendung vorformulierter Texte	238
3. Höherer »Beweiswert« der Beurkundung	239
4. Höhere »Flexibilität« der Beurkundung	240
5. Geschäftsfähigkeit muss der Notar nur bei der Beurkundung prüfen	241

6. Beurkundungszwang	243
7. Zusammenfassung	244
III. Wirksamwerden/Zugang	244
IV. Legitimationsprüfung nach GwG	245
1. Grundgedanken der gesetzlichen Regelung	245
2. Wann treffen den Notar die Pflichten nach GwG?	245
3. Umfang der Identifizierungspflichten nach GwG	246
V. Auf wen muss die Ausfertigung lauten?	247
VI. Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung: zwei Urkunden oder »Paketlösung«	248
1. Argumente für die »Trennungslösung«	248
2. Argumente für die »Paketlösung«	249
J. Hinterlegung von Vorsorgeverfügungen	249
I. Das Vorsorgeregister der BNotK	250
1. Die Einrichtung	250
2. Die Anerkennung durch den Gesetzgeber	250
a) Vorgeschichte	250
b) Regelungsinhalt	250
3. Die Akzeptanz	251
4. Pflichten des Notars nach § 20a BeurkG	252
5. Was erfasst das Register?	253
6. Die Meldung beim Register	253
7. Die Gebühren des Registers	254
8. Datenschutz	255
9. Befreiung von der Verschwiegenheitspflicht	255
10. Kritik am Vorsorgeregister	256
11. Die Neuregelungen des FamFG	256
II. Sonstige institutionelle Hinterlegungs- und Registrierungsmöglichkeiten	256
1. Hinterlegung beim Amtsgericht	256
a) Betreuungsverfügungen	257
b) Vorsorgevollmachten	257
2. Sonstige Einrichtungen	257
III. Gesetzliche Ablieferungspflichten	258
K. Schlussgedanke: Keine Überforderung der Beteiligten mit zu komplizierten Texten und Gestaltungen	259
L. Kosten	261
I. Grundgedanken und Vorüberlegungen	261
1. Wer mehr hat, muss auch mehr zahlen	261
2. Die »Marke Notar«	261
3. Vom inhaltlichen »Mehrwert« der notariellen Beurkundung	262
4. Vom »Eventualcharakter« der meisten Vorsorgeverfügungen	262
5. Vom Verhältnis von Urkundeninhalt und Urkundskosten	262
6. Von der Vorsorgeverfügung als Ergänzung zum Testament zum »Vorsorgepaket«	263

7. Von der »Konkurrenzsituation« mit anderen Anbietern	263
8. Von der Einfachheit und Nachvollziehbarkeit der Gebührenrechnung	264
II. Die Anwendung der Regelungen des GNotKG auf Vorsorgeverfügungen	265
1. Die Wertgebühr – ein Prinzip mit unterschiedlichen Ausprägungen	265
2. Die Wertgebühr – die Berücksichtigung des »Eventualcharakters« von Vorsorgevollmachten im vermögensrechtlichen Teil	266
3. Die Wertgebühr – der »Hälfte«-Grundsatz bei der Wertbestimmung von Vorsorgevollmachten im vermögensrechtlichen Teil	268
4. Die Bewertung der nichtvermögensrechtlichen Erklärungen in einer Vorsorgeverfügung	268
5. Grundsatz: Schuldenabzugsverbot	270
6. Geschäftswertbestimmung bei Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten in persönlichen Angelegenheiten: Argumente für einen Regelwert von 5.000,00 €	271
7. Die Betreuungsverfügung	273
8. Zusammentreffen mehrerer Erklärungen in einer Urkunde	274
a) Vermögensrechtliche und nichtvermögensrechtliche Angelegenheiten	274
b) Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung	275
c) Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung	275
9. Entwurfsgebühren	275
III. Fallbeispiele mit Bewertungsvorschlägen	276
1. Fall 1: Beurkundung einer umfassenden Vorsorgevollmacht ohne Patientenverfügung	276
2. Fall 2: Beurkundung einer Vorsorgevollmacht (nur) in nichtvermögensrechtlichen Angelegenheiten ohne Patientenverfügung	277
3. Fall 3: Beurkundung einer reinen Patientenverfügung	277
4. Fall 4: Beurkundung einer umfassenden Vorsorgevollmacht mit Patientenverfügung	277
5. Fall 5: Beurkundung einer reinen Betreuungsverfügung mit Patientenverfügung	278
6. Fall 6: Beglaubigung der Unterschrift unter Vorsorgeverfügungen, die der Notar entworfen hat	278
7. Fall 7: Die reine Unterschriftsbeglaubigung unter einem mitgebrachten und vom Notar nicht geprüften Text	279
IV. Einzelfragen und Sonderfälle	279
1. Das Grundverhältnis und seine Berücksichtigung	279
2. Übermittlungsgebühren (Vollzugsgebühren)	281
3. Betreuungsgebühren	281
4. Mehrere Bevollmächtigte	282
5. Wechselseitige Bevollmächtigungen	282
6. Organspende	283

7. Widerruf	283
8. Auswärtsgebühren	283
9. Unzeitgebühren	284
Teil 3: Sonderfragen	285
A. Internationalprivatrechtliche Aspekte von Betreuung und Vorsorgevollmacht	287
I. Anwendbares Recht	287
1. Reform des Erwachsenenschutzrechts durch das ErWSÜ	287
2. Sachlicher Anwendungsbereich des ErWSÜ	290
3. Internationale Zuständigkeit	291
4. Anwendbares Sachrecht auf Maßnahmen des Erwachsenenschutzes	291
5. Verbleibende Bedeutung von Art. 24 EGBGB	292
6. Anerkennung ausländischer Entscheidungen	293
II. Das auf Vorsorgevollmachten anzuwendende Recht	295
1. Art. 15 ErWSÜ	295
a) Vorbemerkung	295
b) Sachlicher Anwendungsbereich	295
c) Räumlicher Anwendungsbereich	296
d) Zeitlicher Anwendungsbereich	297
e) Bestehen, Umfang, Änderung und Beendigung der Vollmacht	297
f) Durch Art. 15 ErWSÜ zur Anwendung berufene Rechtsordnung	297
g) Art und Weise der Ausübung der Vollmacht	298
2. Autonomes Kollisionsrecht	298
III. Patientenverfügung	300
IV. Bedeutung und Anerkennung von Vorsorgeverfügungen in Europa	300
1. Vorbemerkung	300
1. Belgien	301
a) Vorsorgevollmacht	301
b) Patientenverfügung	301
2. England und Wales	302
a) Vorsorgevollmacht	302
b) Patientenverfügung	302
c) Anwendbares Recht	303
3. Frankreich	303
a) Vorsorgevollmacht	303
b) Patientenverfügung	304
4. Italien	305
5. Lettland	306
a) Vorsorgevollmacht	306
b) Patientenverfügung	306
6. Luxemburg	306
a) Vorsorgevollmacht	306

b) Patientenverfügungen	307
7. Niederlande	307
a) Vorsorgevollmacht	307
b) Patientenverfügung	308
8. Österreich	308
a) Vorsorgevollmacht	308
b) Patientenverfügung	309
9. Portugal	310
a) Vorsorgevollmacht	310
b) Patientenverfügung	310
10. Rumänien	310
a) Vorsorgevollmacht	310
b) Patientenverfügung	310
11. Schweiz	310
a) Vorsorgevollmacht	310
b) Patientenverfügung	311
12. Slowakei	312
a) Vorsorgevollmacht	312
b) Patientenverfügung	312
13. Slowenien	312
a) Vorsorgevollmacht	312
b) Patientenverfügung	312
14. Spanien	312
a) Vorsorgevollmacht	312
b) Patientenverfügung	313
15. Tschechien	313
a) Vorsorgevollmacht	313
b) Patientenverfügung	313
16. Ungarn	314
a) Vorsorgevollmacht	314
b) Patientenverfügung	314
B. Die unternehmensbezogene Vorsorgevollmacht	314
I. Entwicklung der Diskussion	314
II. Regelungsbedürftige Fälle	315
III. Inhaltlicher Regelungsbedarf	316
IV. Auswahl des Bevollmächtigten	317
V. Inhalt der unternehmensbezogenen Vollmacht	317
1. Innenverhältnis: Handlungsanweisung	317
a) Inhalt und Bedeutung der Handlungsanweisung	317
b) Fortführung des Betriebes	318
c) Übertragung/Verkauf	319
d) Liquidation	320
e) Formulierungsbeispiele für Handlungsanweisungen	320
aa) Formulierungsbeispiel: Handlungsanweisung des Einzelunternehmers	320

bb) Formulierungsbeispiel: Handlungsanweisung des Alleingesellschafter-Geschäftsführers	320
2. Außenverhältnis: Vollmachtserteilung	321
a) Überblick	321
b) Bürgerlich-rechtliche Generalvollmacht	321
aa) Einzelkaufmann	321
bb) Personen- und Kapitalgesellschaften	321
c) Generalhandlungsvollmacht	322
d) Prokura	323
e) Stimmrechtsvollmacht	324
f) Organvertretung	325
VI. Zusammenfassende Würdigung und Gestaltungshinweise	326
VII. Neuere Entwicklungen zur Unternehmensvorsorgevollmacht	328
1. Umfang zulässiger Vollmachtserteilung	328
2. (Zwingende?) Vorsorge durch Mitgesellschafter	329
 Teil 4: Formulierungsmuster	 331
A. Muster: Umfassende Vorsorgevollmacht mit einem Bevollmächtigten und einem weiteren Bevollmächtigten ohne Patientenverfügung	332
B. Muster: Umfassende Vorsorgevollmacht mit einem Bevollmächtigten und einem weiteren Bevollmächtigten mit »weitreichender« Patienten- verfügung	336
C. Reine Patientenverfügung	343
I. Muster: »Weitreichende« Patientenverfügung	343
II. Muster: Patientenverfügung mit dem Wunsch nach Maximal- therapie	345
III. Muster: Patientenverfügung bei schwerer Krankheit	347
D. Muster: Betreuungsverfügung	350
 Anhang	 353
A. Verordnung über das Zentrale Vorsorgeregister (Vorsorgeregister-Ver- ordnung-VRegV)	353
B. Satzung über die Gebühren in Angelegenheiten des Zentralen Vorsorgeregisters	357
C. Übereinkommen über den internationalen Schutz von Erwachsenen ..	361
 Stichwortverzeichnis	 377